

AUSGABE VOM 25. APRIL 2020

## Möring ins Kuratorium der Stiftung Haus der Geschichte gewählt

Der Kölner CDU-Bundestagsabgeordnete Karsten Möring wurde vom Deutschen Bundestag als neues stellvertretendes Mitglied in das Kuratorium der Stiftung "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" gewählt.

„Wie kaum ein zweites Museum steht es für das historische Gedächtnis Deutschlands. Als Ort des lebendigen Erinnerns zeigt es, Geschichte vergeht nicht. Manchmal ist sie aktueller als es uns lieb ist. Eine spannende Aufgabe für mich“, freut sich MdB Möring. Die Stiftung zeigt in Bonn, Leipzig und Berlin deutsche Geschichte von der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart. Das Kuratorium besteht aus 32 Mitgliedern und ihren Stellvertretern. Je acht Mitglieder und acht Stellvertreter entsendet der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung, je sechzehn der Bundesrat.

## In ihrer Regierungserklärung warnt Merkel vor einem Rückschlag

In ihrer [Regierungserklärung](#) bereite Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag vor dem Bundestag die Deutschen auf eine lange Dauer der Corona-Pandemie vor. Die Bundeskanzlerin warnte eindringlich vor einer zu schnellen Lockerung der pandemiebedingten Kontaktsperrung. „Wir werden noch lange mit diesem Virus leben müssen“, sagte die Kanzlerin. „Wir erleben ernste Zeiten und werden auf eine Bewährungsprobe gestellt, wie es sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gab“.



„Lassen Sie uns das Erreichte nicht verspielen und einen Rückschlag riskieren!“ Bundeskanzlerin Merkel in der Debatte zur Corona-Krise. (Foto: CDU/CSU/T. Koch)

Bundeskanzlerin Merkel sprach über Finanzhilfen in bislang "unvorstellbaren Höhen" und dankte dem Bundestag für die Freigabe der Mittel.

Angesichts der vielfältigen Einschränkungen existenzieller Bedürfnisse der Menschen sagte die Bundeskanzlerin: „Diese Pandemie ist eine demokratische Zumutung.“ Die Maßnahmen seien nur dann akzeptabel und erträglich, wenn die Gründe dafür transparent und nachvollziehbar seien. In erster Linie komme es darauf an, das Gesundheitssystem nicht zu überfordern. Bisher halte es der Bewährungsprobe stand, doch der erreichte Zwischenerfolg bei der Verlangsamung der Infektionsgeschwindigkeit sei, so Merkel, „zerbrechlich“.

Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus, stellte in seiner [Rede](#) die Verantwortung der Politik für die Gesundheit der Menschen in den Mittelpunkt. Man könne vieles korrigieren, aber: „Was wir nicht korrigieren können, ist der Verlust eines Menschenlebens.“ Forderungen nach einem Ende der Einschränkungen widersprach er: Es sei „zu eindimensional, das große Lied der individuellen Freiheit zu singen“. Man müsse angesichts der Gefahren, die von dem Virus ausgehen eben auch an die Schwachen denken, die angesichts der Gefährdung durch den Virus ihre Freiheit nicht wahrnehmen könnten. Sie gelte es zu schützen, indem man sich selbst zurückhalte. Kölns CDU-MdB Karsten Möring pflichtet Ralf Brinkhaus bei und begrüßt, dass unser Parlament bereits zahlreiche Rettungsschirme für Wirtschaft, Gesundheitssystem und Familien aufgespannt habe. Maßnahmen, die auch den Menschen in Köln direkt und schnell helfen. Möring erinnert zudem daran, dass alle Hilfen irgendwann auch bezahlt werden müssten. Daher dürfe man „nicht Maß und Mitte verlieren“. Die Union verstehe sich als Hüter fiskalischer Solidität – auch in Zeiten der Krise. „Die Bürger verstehen das“, so Möring.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

wir haben im Zuge dieser Corona-Krise einen Garantierahmen von über einer Billion Euro auf den Weg gebracht und dabei 156 Milliarden Euro neue Schulden



aufgenommen. Das ist gut angelegtes Geld für den Gesundheitsschutz, für die Sicherung von Unternehmen, für Arbeitnehmer, Unternehmer und Selbstständige – auch in Köln. Mich irritiert aber zunehmend, dass sich außer der Union niemand um die finanzpolitische Solidität in der Zukunft sorgt. Für die Rückführung dieser Schulden und Garantieleistungen brauchen wir wieder eine florierende Wirtschaft. Deshalb bin ich auch besorgt, dass jetzt immer neue Forderungen an staatliche Hilfen zum Ausgleich jeglicher Mindereinnahmen aufkommen. Der Staat kann nicht den gesamten wirtschaftlichen Rückgang und alle Einnahmeverluste mit seinen Mitteln ausgleichen. Viele Menschen werden Verluste hinnehmen müssen. Ich finde es daher gut, dass wir Abgeordnete als kleinen solidarischen Beitrag auf die Erhöhung unserer Diäten verzichten.

Wir dürfen unseren Kindern und Enkeln nicht Billionen Euro Schulden aufbürden. Das gilt auch mit Blick auf Europa. Deutschland leistet für die Finanzierung Europas mehr als alle anderen Länder. Das werden wir auch in dieser Krise mit zusätzlichen Zahlungen und Garantien tun. Aber als gewählter deutscher Abgeordneter möchte ich das uneingeschränkte Haushaltsrecht über den Bundeshaushalt behalten, und deshalb lehne ich die Vergemeinschaftung von Schulden ab.

Ihr

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I



## Wohngelderhöhung und Geodatengesetz verabschiedet

Der Bundestag hat am Donnerstag eine Erhöhung des Wohngelds zum Ausgleich der Heizkostenerhöhung beschlossen, die ab 2021 durch die Bepreisung des CO<sub>2</sub>-Anteils in der Heizenergie entsteht. Damit sollen rund 665.000 Geringverdiener-Haushalte entlastet werden. Im Durchschnitt erhielten die Haushalte dann rund 15 Euro im Monat mehr, sagte der CDU-Abgeordnete Karsten Möring in seiner [Bundestagsrede](#).

Er lobte die NRW-Landesregierung für die Möglichkeit, dass Wohngeld digital beantragt und durch ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren schnelle Hilfe für coronageschädigte Mieter bereitgestellt werden könne. Möring dankte den Mitarbeitern der Wohngeldverwaltungen für ihre Arbeit. „Das wichtigste ist, dass das Wohngeld schnell bei denen ankommt, die es brauchen, denen es zusteht und die es zu Recht in Anspruch nehmen“, so MdB Möring.



Kompetent und engagiert am Rednerpult: Kölns CDU-MdB Karsten Möring sprach am Donnerstag gleich zweimal in Debatten zur Einführung der Klimakomponente beim Wohngeld und zum Geologiedatengesetz. (Bild: Privat)

Der Bundestag hat den Regierungsentwurf des Geologiedatengesetzes mit zahlreichen Änderungen der Koalitionsfraktionen beschlossen. Das Gesetz enthält erstmals eine Pflicht der zuständigen Behörden, geologische Daten zu sichern und regelt die Pflichten zur Übermittlung geologischer Daten und deren Veröffentlichung nach einem zeitlich gestuften Fristenmodell.

„Eine besondere Bedeutung hat das Gesetz mit Blick auf das Standortauswahlverfahren für das atomare Endlager. Dafür werden alle entscheidungserheblichen und notwendigen geologischen Daten öffentlich zur Verfügung gestellt. Das gilt auch für Daten in privatem Eigentum. Mit diesem Gesetz wird deshalb rechtssicher maximale Transparenz aufgrund öffentlichen Interesses einerseits und die verfassungsrechtlich gebotene Berücksichtigung von Eigentümerinteressen andererseits geregelt“, betonte CDU-MdB Karsten Möring in seiner [Rede](#).

## Koalitionsausschuss beschließt weitere Corona-Hilfen

Der Koalitionsausschuss von CDU/CSU und SPD hat am Mittwoch in Berlin ein weiteres Hilfspaket beschlossen.

Für Arbeitskräfte in Kurzarbeit werden die bereits bestehenden Hinzuverdienstmöglichkeiten mit einer Hinzuverdienstgrenze bis zur vollen Höhe des bisherigen Monatseinkommens für alle Berufe geöffnet. Das Kurzarbeitergeld wird für diejenigen, die Corona-Kurzarbeitergeld für ihre um mindestens 50 Prozent reduzierte Arbeitszeit beziehen, ab dem vierten Monat des Bezugs auf 70 Prozent (bzw. 77 Prozent für Haushalte mit Kindern) und ab dem siebten Monat auf 80 Prozent (bzw. 87 Prozent für Haushalte mit Kindern) des Netto-Entgelts erhöht. Die Regelung gilt bis Ende diesen Jahres.

Aufgrund der außergewöhnlichen Situation auf dem Arbeitsmarkt haben diejenigen, die bereits vor der Krise arbeitssuchend waren und Arbeitslosengeld nach dem SGB III bezogen, derzeit geringere Aussichten auf eine neue Beschäftigung. Daher wird das Arbeitslosengeld für diejenigen um drei Monate verlängert, deren Anspruch zwischen dem 01. Mai und 31. Dezember 2020 enden würde.

Gastronomiebetriebe sind von der Krise besonders betroffen. Die Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie wird ab dem 1. Juli befristet bis zum 30. Juni 2021 auf den ermäßigten Steuersatz von 7% gesenkt. Als Corona-Sofortmaßnahme für kleine und mittelständische Unternehmen soll die pauschalisierte Herabsetzung bereits für 2019 geleisteter Vorauszahlungen in Hinblick auf Verluste im Jahr 2020 ermöglicht werden.

Der Bund will Schulen und Schüler beim digitalen Unterricht mit 500 Millionen Euro unterstützen. Deshalb soll es mit einem Sofortprogramm den Schulen ermöglicht werden, bedürftigen Schülern einen Zuschuss von 150 Euro zu gewähren.

„Die COVID-19-Pandemie hat erhebliche soziale und wirtschaftliche Folgen - auch in NRW und Köln. Trotzdem können wir nur in kleinen Schritten die Beschränkungen lockern, weil das Virus weiter vorhanden ist und weil wir die Erfolge nicht durch eine erneute Infektionswelle gefährden dürfen. Wir müssen beachten, dass die guten Zahlen von heute darauf beruhen, was wir vor zwei Wochen gemacht haben. Deshalb müssen die Entscheidungen, die wir jetzt treffen, sicherstellen, dass wir auch in Zukunft so niedrige Infektionszahlen haben, dass unsere Krankenhäuser ausreichend Behandlungsmöglichkeiten haben. Und der Bund muss ausreichend Finanzmittel vorhalten können, um mögliche weitere Maßnahmen zu stemmen, so CDU-MdB Karsten Möring.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 52 der 19. Wahlperiode

25. April 2020

Herausgeber:

Bundestagsbüro Karsten Möring

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-77611

Email:

karsten.moering@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

Karsten Möring MdB/Harald Häßler/

Dr. Jürgen Reuter

